

Ordtl. Kreisparteitag 2025

Antrag: Humanitäre Pflicht erfüllen – Aufnahmezusagen einhalten!

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Antrag:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, schnellstmöglich die zugesagte Aufnahme von afghanischen Ortskräften und ihren Familienangehörigen umzusetzen. Zugleich soll die im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanistan bereits zugesagte Aufnahme von Menschen umgesetzt werden, die u. a. wegen ihres Einsatzes für Demokratie und Menschenrechte, ihre Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten oder internationalen Organisationen oder aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung bedroht und verfolgt werden.

Begründung:

Viele Afghaninnen und Afghanen haben in der Zeit des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan für die deutschen Soldat*innen gearbeitet. Als die Taliban wieder die Macht übernahmen, haben sie vom deutschen Staat eine Zusage erhalten, hier als Geflüchtete aufgenommen zu werden. Auch Bürgerrechtler*innen und Frauenrechtlerinnen haben eine Zusage erhalten, nach Deutschland in Sicherheit gebracht zu werden.

Ein langwieriger bürokratischer Prozess verhindert seit Jahren die Einreise dieser vom Tode bedrohten Verfolgten. Innenminister Dobrindt hat sogar die Überprüfungsprozesse gestoppt und Menschen, die in Pakistan auf die Reise nach Deutschland warten, werden dort zur Zeit festgenommen und nach Afghanistan abgeschoben, während die Bundesregierung untätig ist.

Es ist nicht nur skandalös, dass diese Menschen, die für Deutschland gearbeitet haben, nicht endlich einreisen dürfen, es ist unmenschlich, dass die Bundesregierung diese Menschen trotz Zusagen im Stich lässt und buchstäblich ins Messer laufen lässt – und dass, obwohl auch Gerichtsurteile den Innenminister dazu verpflichten.

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion